Dresden 1881.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition: Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzelne Nummer 10 Pfge.

Auflage 35000 Exemplare.

Für die Rückgabe eingesandter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme außerdem: Haasenstein u. Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Prag, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Breslau, Frankfurt a. M., München. — Taube & Co. in Frankfurt a. M. — Bureau d. „Invalidendank". — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht, Fremdenliste.

26. Jahrgang.

Inserate werden Marienstraße 13 bis Abds. 8 Uhr angenommen, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. Die Redaktion war an Wochentagen: Gr. Klostergasse Nr. 5 bis Nachm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge., Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen inseriren wir nur gegen **Pränumerando-Zahlung** durch Briefmarken oder Nachnahme. Acht Silbergroschen 15 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nächstfolgenden Tag die Petitzeile 20 Pfge.

Hamburger
Havanna-Ausschuss-Cigarren
(Handarbeit) empfiehlt in bekannter grosser Auswahl von **6 bis 10 Pf.** pro Stück **(30 bis 50 Proc. billiger als die reinen Farben)**
Arthur Reimann,
Dresden, am Alberttheater.

Die Weinhandlung von S. A. Hinrichsen
(vorm. Weinhandlung von Gebr. Petzold & Co.),
Dresden-Altstadt, Prugerstrasse Nr. 46
(Eingang Trompeterstrasse)
empfiehlt ihr Lager von direct importirten Italienischen Weinen, sowie Bordeaux-, Mosel-, Pfalz- und Rhein-Weinen in allen Sorten, von den gewöhnlichen bis zu den edelsten Gewächsen.

Residenz-Theater.
Sonnabend, den 5. März 1881
2. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer.
Apajune der Wassermann.
Sonntag Nachm. 4 Uhr halbe Preise.
Gastspiel des Frl. **Bendel: Eine Wiener Köchin.**
Abends: **3. Gastspiel** des Herrn **Schweighofer: Apajune, der Wassermann.**

Nr. 64. | Witterung vom 4. März: Barometer noch Osten Gleich, Wettinstraße 19, (Mittl. 6 U.) 745 Mill., letztgestern 7 Mill. gestiegen. Thermometerstr. n. Reaum. 1° R., nicht. Temp. 6° R., höchste Temp. Eisgrund. Ost-Wind. Bewölk. | Aussichten für den 5. März: Meist trübe, unruhig, wärmer, Niederschläge. | **Sonnabend, 5. März.**

Verantwortlicher Redacteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Ein tieferes Interesse hat es nicht mehr, welche Persönlichkeit mit dem Titel „Excellenz" als Vorstand eines preußischen Ressorts figurirt. Jeder preußische Minister hat seine gebundene Marschroute. Schwankt er dabei, weicht er davon gar selbstständig ab, so wäre er die längste Zeit Minister gewesen. Nur der Vollständigkeit halber sei hier erwähnt, daß folgende Combination augenblicklich den Interessen des Fürsten Bismarck am besten zu entsprechen scheint. Das erledigte Ministerium des Innern erhält zunächst keinen definitiven Chef. Vielmehr wird der Vetter des Fürsten Bismarck, der Kultusminister v. Puttkamer, einstweilen interimistisch und nach dem Reichstagsschlusse auch definitiv Minister des Innern; an seine Stelle rückt der jetzige Unterstaatssecretär, Hr. v. Goßler, vor. Damit entfällt die Nothwendigkeit, das Präsidium des Reichstags zu wechseln, denn durch seine Beförderung zum Minister verlöre der Unterstaatssecretär v. Goßler sofort seinen Sitz im Reichstage. Unter dem Kultusminister v. Goßler wird der Rest der bereits durchlöcherten Falk'schen Maigesetze ganz in Scherben gehen. Das Wichtigste bei diesem Arrangement ist, daß Fürst Bismarck die Idee aufgegeben hat, während der bevorstehenden Reichstagswahlen an die Spitze des Ministeriums des Innern zu treten. Diesen verzichtenden Entschluß darf man aus in der Sache selbst liegenden, nicht weiter auszuführenden Gründen nur loben. Fürst Bismarck äußerte im Reichstage nicht minder anerkennenswerthe Grundsätze über die Wahlfreiheit. Er verwirft das sich Einmischen von Beamten und besonders von Richtern in die Wahlagitationen. Hoffentlich beherzigen die Landräthe in Ost- und Westpreußen, Pommern und Posen diesen Wink von hoher Stelle. Aber auch die liberalen Landräthe, wie Hr. v. Baumbach in Meiningen, werden gut thun, künftig sich der Empfehlung von Leuten, wie Laskers, zu enthalten und sie nicht mehr den Bauern in der landräthlichen Kutsche zu präsentiren.

Ein interessantes Kapitel der Budgetberathung im Reichstage bildeten die Beschwerden hessischer und badischer Abgeordneten über die Verwaltung des preußischen Eisenbahnministers Maybach. Es ist ein arger Uebelstand, daß die elsaß-lothringischen Reichseisenbahnen und die preußischen Staatsbahnen einen und denselben Chef haben: eben besagten Herrn Maybach. Der Abg. Berger nannte es eine Unmöglichkeit, daß ein Mann, der so verschiedene Aemter in sich vereinige, nach allen Seiten hin mit Gerechtigkeit und Neutralität vorgehen könne. Natürlich betheuerte Herr Maybach seine Unbefangenheit. Er bestritt aufs Eifrigste, daß er sich von Rücksichten auf die preußischen Staatsbahnen leiten lasse. Die hessischen und badischen Abgeordneten konnten diesen Versicherungen gegenüber doch ihre eigene abweichende Meinung nicht zurückhalten. Sie behaupteten unter Beibringung vieler Details, daß die preußischen Bahnen die Güter auf ihre Strecken möglichst lange fahren und Umwege machen lassen, wodurch denjenigen bundesstaatlichen Bahnen, denen eigentlich und naturgemäß die Weiterbeförderung jenes Güterverkehrs zufiele, erheblich in ihren Einnahmen geschädigt werden. Die preußischen Staatsbahnen lassen hiernach die Güter große Spazierfahrten unternehmen, woraus sich große Verspätungen in der Lieferungszeit ergeben. Das ist ein Kapitel, das auch die sächsischen Staatsbahnen sehr interessirt. Besäßen wir ein wirkliches Reichseisenbahnamt, das nicht fragte: was dient zum Separatvortheil Preußen's, Bayern's, Hessen's u. s. w.?, sondern das mit ausgleichender Gerechtigkeit lediglich die Interessen von Handel und Verkehr berücksichtigte, so könnten Beschwerden über einseitige Bevorzugung der preußischen Staatseisenbahn-Interessen auf Kosten derjenigen anderer Staaten und zum Nachtheile des allgemeinen Verkehrs überhaupt nicht auftauchen.

In der freihändlerischen Presse wird das Gerücht vielfach colportirt: der Reichstag werde noch vor Ostern nicht blos geschlossen, sondern aufgelöst werden. Hieran schlösse sich eine Nachsession des preußischen Landtags. Man kann noch nicht klar sehen, was Thatsächliches diesen Gerüchten zu Grunde liegt. Das Unfallversicherungsgesetz dürfte kaum den Anlaß zu einer beschleunigten Herbeiführung des Reichstagsschlusses bieten. Voraussichtlich wird der Reichstag dieser humanen Fürsorge für die Arbeiter keinen Widerstand entgegensetzen, obwohl zahlreiche Abgeordnete über die beabsichtigte Art der Durchführung jenes humanen Grundgedankens ihre gewichtigen Bedenken haben. Vielleicht könnte die Ablehnung der Steuervorlagen den Anlaß abgeben, gewaltsam die Lebensdauer des Reichstages zu verkürzen. Außer der Börsensteuer hat ja keine einzige Steuervorlage Aussicht auf Annahme. Es wäre aber ein gefährliches Experiment des Fürsten Bismarck, Neuwahlen auszuschreiben unter dem Feldgeschrei: Neue Steuern oder nicht!

Eine erfreulichere Thatsache ist, daß endlich die Aussicht emporkämmert, den Kirchenstreit in Preußen beizulegen und zwar durch Nachgiebigkeit der katholischen Geistlichkeit. In Paderborn ist der Bischofssitz durch den Tod des seines Amtes entsetzten Bischofs Martin erledigt. Das Domkapitel entbehrt sich bisher einen neuen Bischof zu wählen — Derselbe wäre ja doch nicht bestätigt worden, weil er sich hätte weigern müssen, die Maigesetze anzuerkennen, insonderheit die von ihm angestellten Priester dem Oberpräsidenten zur staatlichen Bestätigung anzuzeigen. Jetzt giebt aber Rom den Widerstand gegen die Staatsgewalt auf, zumal die Regierung auf die Ablegung des Amtseides eines eines neuerwählten Bisthumsverwesers (Kapitularvikars) zu verzichten berechtigt ist. Das Paderborner Domkapitel hat einen Bisthumsverweser gewählt und von dieser Wahl dem Oberpräsidenten Westfalens Anzeige erstattet. Ein solcher Schritt kann nur unter Billigung des Papstes erfolgt sein. Bleibt dieser Schritt nicht vereinzelt, so wird der sog. Kulturkampf in Preußen die längste Zeit gewüthet haben. Vielleicht hat unser König Albert, als er mit dem Fürsten Bismarck in eingehender Weise über den Kirchenstreit seine Ansichten austauschte, bereits die Gewißheit erhalten, daß dieser geisterverwüstende Streit endlich beigelegt ist.

Die Wiener Studenten gehen aus den Straßenscenen als Sieger hervor. Lediglich infolge der Fehler des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe. Anfangs schimpften viele Wiener auf die Studenten, „die sich in Dinge mischten, die sie nichts angingen" und durch die Katzenmusik den Fasching verdürben. Als aber die Verhafteten nicht freigegeben, sondern vom Polizei- ins Gerichtsgefängniß übergeführt wurden und die Regierung Miene machte, an ihnen „ein Exempel zu statuiren", erschienen sie als die Helden der Freiheit und des Deutschthums. Ihre Kommilitonen schickten Deputationen an den Polizeidirektor und Ministerpräsidenten und verhandelten fast als Macht gegen Macht mit ihnen. Sie stellten förmliche Bedingungen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und setzten durch, daß kein Schutzmann den Universitätsplatz betreten dürfe. Daraufhin kamen die Verhafteten frei. Hätte man den Katzenmusikanten eine angemessene Polizeistrafe diktirt, so wäre der Rummel bald vergessen; so aber stehen Fortsetzungen der Studentenunruhen bevor, wenn eine gerichtliche Verurtheilung der Percatrucier erfolgt.

Englands beleidigte Waffenehre ruft nach Rache. Von der gesammten englischen Presse befürwortet nur die Pall Mall Gazette auch heute noch die Verständigung mit den Boers, daran erinnernd, daß Gladstone einst selbst erklärte, wenn Transvaal die werthvollste Acquisition wäre, würde er sie zurückweisen, weil sie durch unehrenhafte Mittel erlangt wurde. Diese Unehrenhaftigkeit höre doch nicht auf, weil die Mittel zur Erhaltung derselben Schlächtereien involviren?

„Wenn wir Transvaal in unehrenhafter Weise erwarben, ist es ein flagranter Unsinn, die Boers als Rebellen anzusehen, wenn sie Widerstand leisten. England scheint unter einem unglücklichen Zauberbanne zu liegen. In Afghanistan, dem Zulu-Lande und Transvaal verschwendet es seine Kräfte, seine Soldaten schlachten und werden hingeschlachtet für Dinge, woran Englands Herz nicht hängt, welche keine Ehre eintragen, keine Stärke, sondern nur Schwäche mit sich bringen; wahrlich, die Zeit ist gekommen, da England solchen verhängnißvollen Alp abschütteln sollte. Wir sehen nicht ein, wie Englands Ehre oder Würde gesichert werden, indem es diesem verderblichen Fatalismus unterliegt: wir erklären, es heißt der Gerechtigkeit und Vernunft trotzen, wenn wir auf dem Kriege gegen die Boers beharren."

Die Antwort auf diese vernünftige und ehrenhafte Anschauung besteht in dem eiligen Zusammenraffen aller verfügbaren Streitkräfte Englands zur Unterdrückung jener Transvaal-Bauern, in deren Herzen das heilige Feuer der Vaterlandsliebe und Freiheit flammt. Sollten nicht die anderen Großmächte, Deutschland voran, Einspruch gegen den nichtswürdigen Länderdiebstahl und den ungerechten Krieg erheben, mit denen Albion sich befleckt will?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." v. 4. März.

Berlin. Reichstag. Majunke u. Gen. beantragen Einstellung der gegen Abg. Stötzel beim Essener Landgericht und beim Reichsgericht schwebenden Strafverfahren für die Dauer der Session. Beseler nennt das Recht, solche Einstellung zu verfügen, ein Privilegium odiosum und verlangt, das wenigstens hier, wo sich's um ein beim Reichsgericht anhängiges Verfahren handle, eine Vorberathung in der Kommission eintrete. Windthorst beruft sich auf die bisherige Praxis. v. Helldorf bestreitet, daß damit ein Prinzip festgestellt worden. Antrag Majunke wird angenommen. Zum Mitglieder der Reichsschuldenkommission wird Dr. Weber gewählt. Die 1. Lesung des Gesetzes über die Versorgung der Wittwen und Waisen der Reichsbeamten leitet Staatssekretär Scholz mit einer Begründung des Gesetzes ein. Das preußische System wollten wir nicht annehmen, weil es nicht befriedigt, das elsaß-lothringische System (lediglich aus Staatsmitteln die Bedürfnisse zu befriedigen) konnten wir aus finanziellen Gründen nicht annehmen und so blieb nur das in den übrigen deutschen Staaten bestehende System, welches dem vorgelegten Gesetze zu Grunde gelegt ist. Reichensperger-Crefeld wünscht, daß auch für die Wittwen und Waisen, deren Ernährer in den 10 Jahren, während welcher das Gesetz erwartet wurde, einige Fürsorge getroffen werde. Seydewitz-Bitterfeld wünscht, daß die Wohlthaten des Gesetzes noch etwas weiter ausgedehnt würden. Dr. Lipke will Ausdehnung des Gesetzes auch auf die Beamten der Militär- und Marineverwaltung. Das Gesetz geht an eine Kommission. Das wieder eingebrachte Küstenfrachtfahrtsgesetz befürwortet Bundeskommissar Rösing. v. Schlutow wundert sich, daß das Gesetz wieder eingebracht worden, nachdem der Reichstag in voriger Session dagegen Stellung genommen. Fürst Bismarck: So gut wie der Reichstag das Recht habe, Resolutionen zu wiederholen, ebenso müsse er für den Bundesrath das Recht in Anspruch nehmen, Gesetze, von deren Nothwendigkeit die verbündeten Regierungen überzeugt seien, von Neuem einzubringen. Im weiteren Debattenlaufe widersprach Bismarck entschieden der Annahme, als sei die neuerliche russische Zollerhöhung eine Repressalie gegen uns; es sei eine rein finanzielle Maßnahme. Ackermann übernimmt das Präsidium. Nach längerer Debatte wird das Gesetz an eine 21gliedrige Kommission verwiesen. Folgt 1. Lesung des Entwurfs über die Besteuerung der Dienstwohnungen, wonach die Miethsteuer auf Dienstwohnungen von Reichsbeamten nur bis zur Höhe eines Zehntels des Diensteinkommens erhoben werden darf. Reichensperger gegen das luxuriöse Aeußere der Dienstwohnungen, wodurch die Beamten zu übermäßigen Ausgaben verleitet würden. Der Satz von 10 Procent ist ihm zu niedrig. Fürst Bismarck: Das Hauptprinzip des Gesetzes sei Unabhängigkeit der Reichsbeamten von den Gemeinden, in denen sie wohnen. Er wünscht auch eine möglichste Beschränkung der Dienstwohnungen, für deren luxuriöse Ausstattung er doch nicht verantwortlich zu machen sein könne. Er sei ferner auch damit einverstanden, daß der Satz auf 20 Proc. des Diensteinkommens erhöht werde. Bismarck wendet sich nun in längerer Rede gegen die Miethsteuer überhaupt und speziell in Berlin, die den Armen viel mehr belaste als Korn- und Petroleumsteuer. Das Finanzsystem Berlins sei im höchsten Grade reformbedürftig. Man scheint mehr politischen Theorien zu folgen, denn sonst sei es unerklärlich, wie Berlin auf die indirekten Abgaben Verzicht leisten könnte. Trotz der hohen indirekten Abgaben in Paris sei dort das Leben billiger, wenigstens bekomme man dort mehr für sein Geld und lebe besser. In Berlin heiße es theuer und schlecht. Seine Dienstwohnung in Berlin sei 2000 Mark werth, man habe sie auf 15,000 Mark eingeschätzt und als er das vorliegende Gesetz eingebracht, habe man auf einmal die Wohnung mit 23,800 Mark eingeschätzt. Er fühle sich dadurch fortschrittlich angehaucht. Während der weiteren Angriffe auf die Berliner Finanzverwaltung erschallt plötzlich der Ruf: Schamlos! Bismarck: „Schamlos" ist ein ganz unverschämter Ausdruck; der Redner hat selbst keine Scham. Präsident von Goßler: Ich habe den gebrauchten Ausdruck „Schamlos" nicht gehört. Bismarck: Der betreffende Herr wird wohl den Muth seiner Ueberzeugung haben. Struve: Ja wohl, ich habe gerufen! Präs. v. Goßler: Dann rufe ich Sie zur Ordnung. Struve: Ich bitte, auch den Reichskanzler zur Ordnung zu rufen. Er hat gesagt, ich hätte keine Scham. Bismarck: Dies war geschehen, noch bevor der Abg. sich genannt; jetzt nehme ich den Ausdruck zurück u. erkläre, daß der Abg. noch Scham hat. Dr. Forckenbeck (Oberbürgermstr. von Berlin) vertheidigt die Berliner Finanzverwaltung, weist nach, daß die Reichsbeamten auf Grund des vorgelegten Gesetzes eher mehr als weniger zu zahlen hätten, sowie daß Bismarcks Dienstwohnung nicht zu hoch besteuert sei. Bismarck repliciirt sehr ausführlich. Löwe-Berlin: Die Angriffe Bismarcks richteten sich gegen beeidete Beamte aller Parteirichtungen. Der von Bismarck gebrauchte Ausdruck „städtischer Ring" werde nur von Leuten gebraucht, die von ihrer Verantwortung keinen Begriff haben oder die Verhältnisse und Personen nicht kennen. Der Reichskanzler werde diese Bezeichnung nie verantworten können. Die Miethsteuer sei noch lange nicht so schlecht als Korn- und Petroleumzoll. Er zählt auf, was Berlin Alles leistet: unentgeltlicher Schulunterricht ꝛc. Nachdem Bismarck nochmals repliciirt, wird die Sitzung vertagt.

Berlin. Baare bezeichnet die in der Börsenzeitung enthaltene Nachricht über seine Berufung zum Leiter der volkswirthschaftlichen Abtheilung im inneren Reichsamt als eine Erfindung.

Konstantinopel. Zum Wochenempfange beim Minister des Aeußern erschienen die Botschafter nicht, dagegen ihre Dragomans, welche die Verwunderung über die verzögerte Antwort der Pforte ausdrückten und Beschleunigung empfahlen. Assim versprach ungesäumte Antwort.

Berliner Börse. Tendenz fest, Kauflust bedeutend, Courserhöhungen auf fast allen Gebieten. Credit schlossen 5½, Franzosen 1 M. besser. Deutsche Bahnen fest, aber wenig beachtet; auch österr. Bahnen waren nur wenig belebt, aber besser. Prioritäten sehr fest. In fremden Fonds großes Geschäft, namentlich in russischen 1880er Anleihe, Ungarische Gold- und Papierrente sowie Oesterr. Silberrente, die wesentliche Besserungen erfuhren. Banken mannichfach besser; Diskontogesellschaft und deutsche Bank 2 Proc. höher. Von Bergwerken Laura 1, Dortmunder 1¾ höher. Auch Industrien erzielten vielfach Besserungen.

Lokales und Sächsisches.

— Die Gäste unseres Königshauses haben Dresden bereits wieder verlassen. Seine Hoheit der Erbprinz von Hohenzollern reiste vorgestern Abend nach Frankfurt a. M., Se. Kaiserl. Hoheit der Erzherzog Karl Ludwig nach Wien ab. Gestern besuchte der Großherzog in Begleitung Sr. Königl. Hoh. des Prinzen Georg die militärischen Etablissements der Albertstadt und nahm mit vielem Interesse von dieser einzigen militärischen Schöpfung Kenntniß. Ein Gabelfrühstück wurde in einem der Offizierskasinos eingenommen. Zurückgekehrt in das k. Schloß, woselbst mittlerweile Se. Majestät der König mit den Ministern arbeitete, unternahm der Großherzog von Hessen in cognito einen Spaziergang über die Terrasse, um Dresdens schönste Aussicht kennen zu lernen. Der hohe Herr weilt nämlich zum ersten Male in der sächsischen Residenz. Nachmittags fand bei dem Königspaare Familientafel statt. Abends verließ der Großherzog wiederum unsere Stadt.

— Vor ihrer Abreise von Berlin haben Ihre Majestäten der König und die Königin den Hofbeamten und der Dienerschaft am kgl. preußischen Hofe ganz ungewöhnlich reiche Cadeaux hinterlassen, als schwere goldene Uhren, Tabatieren, Ringe, Ketten, Brochen mit Brillanten u. dgl.

— Se. kais. königl. Hoh. Erzherzog Carl Ludwig empfing vorgestern während seines Hierseins die Verstandsmitglieder des hiesigen österr.-ungar. Hilfsvereins, die Herren Oberleutnant Schönberg, J. Kohn und Brückler und zollte dem Wirken des Vereins alle Anerkennung.

— Das Befinden Sr. K. H. des Prinzen Albert hat sich glücklich dahin gewandt, daß eine momentane Gefahr nicht vorhanden ist, wenn schon in letzter Zeit immer wieder Blutungen aus der Mund- und Nasenschleimhaut stattfanden, auch der Appetit noch sehr gering und die Schwäche bedeutend ist.

— Generalleutnant v. Carlowitz, General-Adjutant Sr. M. des Königs, erhielt den königl. preuß. Rothen Adler-Orden I. Klasse; der vormalige Gemeindevorstand, Gartengutsbesitzer Müller in Langenchursdorf das Albrechtskreuz.

— Die Stelle des Kassirers bei der Staatsschuldenkasse ist dem zeitherigen Bahnhofsinspektor Ferdinand Julius Helmolt in Chemnitz übertragen worden.

— Im Palais des Kammerherrn v. Borberg finden heute und am Montag zwei größere Soiréen statt, die theatralische Aufführungen und ein solennes Ballfest bieten werden.

— Die wegen Mangel an Mannschaften bei den Kompagnien hiesiger Garnison diesen Winter erfolgte Einstellung verschiedener Sicherheitswachposten, z. B. kaiserl. Hofpostamt ꝛc., hat sich seit dem 1. März erledigt, nachdem die Ausbildung der Rekruten und Einstellung derselben in die Kompagnien erfolgt ist. Der Wachtparadedienst erfolgt in Folge dessen täglich per Bataillon und nicht mehr per Regiment.

— Aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums des Herrn Wundarzt und Barbierstubenbesitzer Fr. Lehmann hielt am Abend des 1. dies. der Verein „Dresdner Barbierherren" in Udluft's Etablissement, Marienstraße, Commers ab. Die Begrüßung des würdigen, mit dem Albrechtskreuz geschmückten Greises durch Ansprache, ein Lied des Gesangvereins „Sängerkreis" u. s. w. gab sich recht herzlich; es ward dem Jubilar auch eine Votivtafel überreicht. Ein vom Verein in Aussicht genommenes Geschenk lehnte Herr Lehmann ab und wünschte, daß das dazu gesammelte Geld zur Gründung eines Fonds für die Waisen verstorbener Barbier-Herren verwandt werde. Die vorzügliche Udluft'sche Küche und Keller bieten die Theilnehmer langgedehnsammen.

— Aus Anlaß des gestrigen Amtsantritts des neuerwählten Präsidenten der Vereinigten Staaten, General Garfield, hatte das nordamerikanische Konsulat gestern geflaggt.